

Umverteilungsmechanismus einzurichten. Die Situation kompliziert solche Tatsache, dass die Flüchtlingskrise nur allzu deutlich vor Augen geführt hat, dass es kaum Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der EU gibt. Seit September 2015 haben Länder der Union wie Ungarn, Slowenien, Österreich und Kroatien nach eigenem Ermessen auf die Flüchtlingsströme reagiert. Sie schlossen ihre Grenzen teilweise oder ganz und verlagerten das Problem damit auf ihren nächsten südostwärts gelegenen Nachbarn. Infolgedessen sitzen im März 2016 Tausende Flüchtlinge an der griechisch-mazedonischen Grenze fest.

Dass das Dublin-System nicht mehr funktioniert und dringend reformiert werden muss, ist also offenkundig. Ohne umfassend verstandene europäische Solidarität auf Basis eines neuen Systems wird sich die Flüchtlingskrise in Europa nicht bewältigen lassen.

Eine solche Reform wird derzeit unter dem Stichwort "Dublin IV" diskutiert. Unter diesem Begriff versteht man ein Verteilungssystem ähnlich wie der Königsteiner Schlüssel in Deutschland, das gemessen am Bruttoinlandsprodukt, der Bevölkerungszahl, Stand der Arbeitslosigkeit eines Landes festlegt, wie viele Flüchtlinge es aufnehmen kann, das so genannte Quote System. Zur tatsächlichen Umverteilung in andere Mitgliedstaaten kommt es aber nur dann, wenn ein Staat bereits 150 Prozent der für ihn vorgesehenen Asylbewerber aufgenommen hat.

Außerdem soll ein finanzielles Straf- oder Ausgleichssystem eingeführt werden: Mitgliedstaaten, die sich weigern, Asylbewerber aufzunehmen, sollen demnach pro Asylbewerber, der eigentlich innerhalb von zwölf Monaten auf diesen Staat entfallen wäre, mit solcher Quote bestraft werden.

Diese Maßnahmen helfen mindestens, die Zahl von Flüchtlingen in Griechenland und Italien zu verkürzen und Bedienungen der Asyle zu verbessern.

**Y. Sidarovich**

**Ю. М. Сидорович**

БГЭУ (Минск)

*Научный руководитель Л.А. Бода*

## **WIRTSCHAFT UND UMWELT IN MODERNEN ENTWICKLUNGSBEDINGUNGEN**

### **ЭКОНОМИКА И ОКРУЖАЮЩАЯ СРЕДА В СОВРЕМЕННЫХ УСЛОВИЯХ РАЗВИТИЯ**

Die heutige Wirtschaftsweise zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen und untergräbt dadurch den Wohlstand kommender Generationen. Die großflächige Abholzung von Wäldern, die Überfischung der Meere oder der Verlust fruchtbarer

Ackerböden sind prägnante Beispiele für diese Entwicklung. Allein die Folgekosten durch den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt könnten sich im Jahr 2050 auf rund ein Viertel des weltweiten Bruttosozialprodukts belaufen. Ein „Weiter so“, bei dem die Industrieländer ihre ressourcenintensive Wirtschaftsweise beibehalten und die Entwicklungs- und Schwellenländer diese Wirtschaftsweise übernehmen, stellt keinen gangbaren Weg dar. Daher ist der Übergang zu einer Green Economy erforderlich, die sich innerhalb der ökologischen Leitplanken bewegt und das Naturkapital erhält. Dieser Artikel hat den Zweck, den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Zustand der Umwelt zu identifizieren und zu analysieren.

Green Economy ist ein neues Leitbild für wirtschaftliche Entwicklung. Es verbindet Ökologie und Ökonomie positiv miteinander und steigert dadurch die gesellschaftliche Wohlfahrt. Der Übergang zu einer Green Economy erfordert eine umfassende ökologische Modernisierung der gesamten Wirtschaft. Insbesondere Ressourcenverbrauch, Emissionsreduktion, Produktgestaltung sowie Umstellung von Wertschöpfungsketten müssen geändert werden. Die Förderung von Umweltinnovationen hat dabei eine zentrale Bedeutung. Das Umweltbundesamt arbeitet an der Konkretisierung des Green-Economy-Leitbildes und entwickelt Vorschläge für die Gestaltung des Transformationsprozesses.

Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Die Steigerung der Energie- und Materialeffizienz wird im 21. Jahrhundert voraussichtlich zu einem entscheidenden Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Durch den Anstieg der Weltbevölkerung und die wirtschaftlichen Aufholprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländern wird die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen weiter wachsen. Diese Nachfrage lässt sich bei begrenzten natürlichen Ressourcen auf Dauer nur befriedigen, wenn es gelingt, „mehr“ mit „weniger“ herzustellen. Das heißt, Wirtschaftswachstum und die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen zu entkoppeln. Daher wächst der Druck, Umwelt- und Effizienztechniken einzusetzen und fortzuentwickeln.

Besonders deutlich zeigen sich die wirtschaftlichen Chancen eines fortschrittlichen Umweltschutzes am Beispiel der grünen Zukunftsmärkte. Zentral sind hierbei: Energieeffizienz, umweltfreundliche Energieerzeugung, nachhaltige Wasserwirtschaft und Mobilität, Materialeffizienz, Abfallmanagement und Recycling. Schätzungen zufolge wird sich das Weltmarktvolumen dieser zentralen grünen Zukunftsmärkte mehr als verdoppeln: von 2,0 Billionen Euro im Jahr 2011 auf 4,4 Billionen Euro im Jahr 2025.

Allerdings verschärfte sich der globale Wettlauf um die grünen Zukunftsmärkte in den letzten Jahren deutlich. Viele Länder haben während der Finanzkrise Konjunkturpakete mit einem hohen Anteil von Umweltschutzmaßnahmen verabschiedet, zum Beispiel Südkorea mit einem „grünen“ Anteil von 80 Prozent und China mit 38 Prozent. Diese Programme zielten auch darauf, im Wettbewerb um die

grünen Zukunftsmärkte aufzuholen. Deutschland wird seine führende Rolle auf diesen Märkten deshalb nur verteidigen können, wenn es weiterhin eine Vorreiterrolle im Umweltschutz einnimmt und Umweltinnovationen systematisch fördert.

Daher sind Wirtschaft und Umwelt voneinander abhängig und sollen sich in einer Richtung entwickeln.

## ФРАНЦУЗСКИЙ ЯЗЫК

**V. Gramovich**

**В.И. Грамович**

БГЭУ (Минск)

*Научный руководитель В. Т. Мокейчик*

## LES INVESTISSEMENTS ÉTRANGERS DIRECTS

### ПРЯМЫЕ ИНОСТРАННЫЕ ИНВЕСТИЦИИ

Selon l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE), l'investissement direct à l'étranger est «... *quand un investisseur étranger qui réside dans un pays peut obtenir un intérêt durable et participer dans la gestion d'une entreprise dans un autre pays*».

L'objectif principal de notre travail de recherche est d'analyser la situation de l'investissement direct (IDE) à l'étranger et de souligner l'importance des IDE pour l'économie de notre pays.

L'investissement direct à l'étranger peut consister en:

1. Créer une nouvelle entreprise (investissement de création);
2. Acheter des actions d'une entreprise existante (les fusions et les acquisitions);
3. Le réinvestissement des bénéfices ou d'autres transferts en capital.

Les investissements étrangers directs (IED) représentent le financement des projets liés à la production des marchandises sur le territoire d'un État étranger. Ils ont ainsi une importance significative pour l'économie, puisqu'ils donnent la possibilité de réaliser les investissements complémentaires au-dessus du taux de l'épargne nationale, augmenter les recettes de la balance des paiements et élargir les possibilités de l'importation.